Humanistische Union

Die ostdeutsche Sozialstruktur

Die seit Mitte der 2010er Jahre wieder aufgeflammte Debatte um die Besonderheiten von „Ostdeutschland“ und den „Ostdeutschen“ (Oschmann 2023; Hoyer 2023; Mau 2024; Vogel et al. 2024; Kowalczuk 2024 etc.) zeichnet verschiedene Bilder darüber, was Ostdeutschland ausmacht. Dahinter steht die Frage, ob es eine Angleichung an „den Westen“ gibt. In der frühen wissenschaftlichen Diskussion um die deutsche Einheit waren insbesondere Modernisierungstheorien prominent, die davon ausgingen, dass Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat universell für moderne Gesellschaften gelten und entsprechend Transformationsprozesse im Zuge der deutschen Einheit in diese Richtung zu gehen haben. Das Schlagwort der *nachholenden Modernisierung* prägte die Debatte. Als das Mittel galt der vollständige Institutionentransfer. Die Herstellung eines einheitlichen Rechtssystems und Institutionengefüges, die Etablierung einer Solidargemeinschaft, die Ausbildung einer Zivilgesellschaft, die proportionale Beteiligung der Ostdeutschen an Führungspositionen, gemeinsame Grundwerte und politische Kultur, eine gleichwertige materielle Infrastruktur, vergleichbare Gelegenheitsstrukturen von Ausbildung und Beschäftigungschancen, ähnliche Mentalitäten und Sozialcharaktere, kollektive Identitäten, gleichartige Besitzverhältnisse und Lebensstandards (Mayer 1994: 307) galten als Messlatte für den Vollzug der deutschen Einheit. Politisch wurde argumentiert, dass der Modernisierungsrückstand der DDR schnell aufgeholt werden kann. Auch die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung teilte die Losung „Wiedervereinigung-Wirtschaftsunion-Sozialunion-Gleichartigkeit der Lebensverhältnisse“ (Lötsch 1991: 200), so „dass sich die ostdeutsche Sozialstruktur in vielen Sektoren weitgehend der westdeutschen anpassen wird“ (Geißler 1991: 192). Allerdings verwiesen kritische Stimmen aus der Wissenschaft bereits früh auf längerfristige mentale Anpassungsprozesse (Pollack 1991), auf eine Segmentierung und Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen (Zapf 1991), auf Differenzierungstendenzen durch Verwerfungen in der Einkommensstruktur, Differenzierungen im Vermögen, eine Zunahme geschlechtsspezifischer Ungleichheit (Geißler 1991: 178ff.) sowie Verunsicherungen und ein Gefühl des Ausgeliefertseins (Zapf 1994). Einig war man sich im wissenschaftlichen Diskurs darin, dass eine Angleichung der Lebensverhältnisse und sozialen Strukturen einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen würde.

Aber wurden hier nur Übergangsphänomene beschrieben? Nach nunmehr fast 35 Jahren stellt sich die Frage erneut, inwieweit sich seit dem Beitritt Ost- und Westdeutschland sozialstrukturell angenähert haben, welche Unterschiede nach wie vor existieren sowie ob oder inwiefern diese weiterhin relevant für das Leben, die sozialen Identitäten und das politische Handeln im Osten sind. Die Sozialstruktur einer Gesellschaft gibt Auskunft über das soziale Beziehungsgefüge, die Verteilung von Ressourcen und Positionen (Einkommen, Vermögen, Bildung, Macht), aber auch über zentrale Normen, Werte und Handlungsmuster von Bevölkerungsgruppen. Verbunden damit ist zugleich die Frage nach sozialer Ungleichheit in einer Gesellschaft. Gemeint ist damit, inwiefern Bevölkerungsgruppen gleichen oder ungleichen Zugang zu sozialen Positionen und Ressourcen haben, die ihre Lebensbedingungen und Handlungsmöglichkeiten beeinflussen. Dabei ist davon auszugehen ist, dass Gleichheit weder erreichbar noch ein gesellschaftliches Ziel ist. Da es Differenzierungen immer geben wird, geht es in erster Linie um Chancengleichheit (Erlinghagen 2024; Hradil 2023).

Sozialstrukturforschung ist ein weites Feld. Unterschiedliche Konzepte der soziologischen Sozialstrukturforschung stehen dabei nebeneinander: Klassen- und Schichtanalysen fokussieren auf unterschiedliche Lebenslagen und die Verteilung verschiedener Güter wie Bildung, Einkommen, Eigentum, Prestige, Macht und Stellung im Produktionssystem und sortieren diese nach Ober-, Mittel- und

Unterschicht. Im Ansatz der sozialen Milieus werden neben gruppenspezifischen objektiven Faktoren auch subjektive Wertorientierungen untersucht und Milieus mit ähnlichen Mentalitäten, Werthaltungen, Lebensführungen und Sozialkontakten identifiziert, die subkulturelle Gruppen repräsentieren, aber durchaus mit schichtspezifischen sozialen Lagen in Verbindung stehen (Geißler 2014; Hradil 2024). Diskutiert wird auch, inwiefern objektive Soziallagen gruppen- oder schichtspezifische Wahrnehmungen, Mentalitäten und Handlungsorientierungen erklären können.

Unterschiedliche Gesellschaftsmodelle als Ausgangspunkte im Vereinigungsprozess

Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung trafen zwei unterschiedliche Gesellschaftsmodelle aufeinander. Die Sozialstrukturforschung im Westen Deutschlands beschrieb die BRD – ausgehend von den grundsätzlichen Prinzipien der Konkurrenzdemokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der sozialen Marktwirtschaft und des Wohlfahrtsstaats – in den 1990er Jahren als Leistungs- und Wohlstandsgesellschaft, in der zwar soziale Ungleichheiten nach wir vor existierten, aber durch den Sozialstaat abgefedert wurden. So dominierte in den 1990er Jahren das Schlagwort von einer „nivellierten mittelständischen Gesellschaft“ (Zapf 1989: 19). Gleichzeitig wurden eine Individualisierung und Pluralisierung von Lebenslagen und Lebensstilen, die auch mit neuen sozialen Ungleichheiten verbunden war, sichtbar. Bildungsexpansion, neue Möglichkeiten der vertikalen Mobilität und ein postmaterieller Wertewandel unterstützten neben dem wirtschaftlichen Strukturwandel den Übergang in eine „tertiäre Zivilisation“ (Zapf 1989: 29), eine postindustrielle Dienstleistungsgesellschaft.

In der DDR wurden die Begriffe *Arbeiter- und Bauern-Staates*, *Diktatur des Proletariats* und *Prinzip des demokratischen Zentralismus* politisch-ideologisch zur Selbstcharakterisierung verwendet. Das Ziel, sich durch Annäherung der Klassen zu einer „klassenlosen Gesellschaft“ zu entwickeln, die soziale Gleichheit in den Mittelpunkt rückt, war ein zentrales ideologisches Argument. Wirtschaftlich galt die DDR als „moderne Industriegesellschaft“ (Pollack 1991; Voigt 2013: 324), in welcher allerdings ein Widerspruch zwischen funktionaler Differenzierung und politisch-ideologischer Entdifferenzierung diagnostiziert wurde (Pollack 1991: 453). Sozialstrukturell wurde die DDR im Endstadium als „extensive Arbeitsgesellschaft“ (Adler 1991: 168) oder als „nivellierte Großgruppengesellschaft“ (Hauser et al. 1996: 235) beschrieben. Die Lebensbedingungen waren relativ gleich. Unterschiede im Einkommen, Vermögen und etwa den Wohnbedingungen waren gering, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und andere soziale Risiken unbekannt, aber auch Mobilitätschancen gering. Erwerbsarbeit war die wichtigste Quelle persönlichen Einkommens, Arbeit und Betrieb zugleich ein zentraler Ort des Lebens (Betriebskindergärten, kulturelle Einrichtungen, medizinische Betreuung etc.). Innere soziale Spannungen wurden repressiv oder auch durch Kompensationsmechanismen stillgelegt und Fähigkeiten zur Selbstorganisation verkümmerten (Adler 1991: 168), sodass die politisch gewollten „Gleichheitsziele“ in einem Spannungsverhältnis zu wirtschaftlichen Effizienzerfordernissen standen (Lötsch 1988).

Sozialstruktur im Wandel: Ein Versuch der Rekonstruktion von Entwicklungsverläufen

Während in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Beitritt der DDR zum Bundesgebiet recht umfangreiche sozialwissenschaftliche Analysen zu den Ost-West-Unterschieden und Angleichungsprozessen durchgeführt wurden, scheint das Thema nun weitgehend vom Tisch. Weder die offizielle Statistik noch umfangreiche sozialwissenschaftliche Studien widmen sich seit nunmehr circa zehn Jahren diesem Thema. Stattdessen ist gegenwärtig vor allem eine Debatte um „ostdeutsche Identitäten“ prominent. Daher können in diesem Beitrag nur einige Schlaglichter auf wesentliche besonders relevante Aspekte sozialstrukturellen Wandels geworfen werden.

In der Sozialindikatorenforschung werden verschiedene Aspekte der Lebenslagen, das heißt unterschiedliche Lebensbedingungen als Indikatoren für soziale Ungleichheit analysiert. Dabei geht es im Kern um die „objektiven“ Möglichkeiten, bestimmte Lebensziele zu erreichen. Hierbei werden eine Vielzahl von Indikatoren zu Rate gezogen: Bildung, Einkommen, Vermögen, Arbeitsbedingungen, soziale Absicherung, Wohnbedingungen etc. Betrachtet man die Einkommensentwicklung, so wurden im Ost-West-Vergleich zum Ende der 1980er Jahre große Unterschiede bezüglich des Einkommens festgestellt: Betrug das Bruttomonatseinkommen in der DDR durchschnittlich 1.100 DM (ohne Berufsausbildung 863 DM, mit Hochschulabschluss 1.489 DM), so waren es in der BRD 3.561 DM (ohne Berufsausbildung 2.600 DM und mit Hochschulabschluss 5.345 DM) (Geißler 1991: 179). Nicht nur in der Höhe der Einkommen, sondern auch bezüglich der Spannbreite gab es deutliche Unterschiede. Allerdings fielen die Unterschiede zwischen den oberen und den unteren Einkommensklassen im Osten wesentlich geringer aus. Dies sprach für mehr „Gleichheit“ im Einkommen im Osten zu Beginn des Vereinigungsprozesses (Hauser et al. 1996: 136). Ein „Wohlstandsgefälle“ zwischen Ost und West war die Folge, welches sich auch in der Ausstattung mit Konsumgütern, den Wohnbedingungen etc. zeigt. Die Effizienzprobleme und der Produktivitätsrückstand des sozialistischen Wirtschaftssystems, die ungleichen Startbedingungen nach 1945 (Reparationszahlungen, Rohstoffmangel, fehlende Schwerindustrie) und die begrenzten Möglichkeiten durch die Einbindung in das osteuropäische Wirtschaftsbündnis können zur Erklärung herangezogen werden (Geißler 2011: 74). Dieses Wohlstandsgefälle spiegelt sich zu Beginn der 1990er Jahre auch in der allgemeinen Lebenszufriedenheit wider. Nach dem Zusammenbruch und den ersten Ansätzen des Umbaus der ostdeutschen Wirtschaft durch die Treuhandanstalt sahen sich verständlicherweise vor allem die Arbeitslosen (meist aus der Gruppe der einfachen Arbeiter*innen) als Verlierer*innen der Vereinigung, als Gewinner*innen die Selbstständigen und qualifizierte Arbeiterberufe (Landua/Zapf 1991).

Bereits Mitte der 1990er Jahre hatte sich das Bild gewandelt. Hinsichtlich des Einkommens wurde für Ostdeutschland eine Ausdifferenzierung festgestellt, die zu mehr Ungleichheit geführt hat. Die Gruppe der Einkommensarmen (gemessen am Nettoäquivalenzeinkommen unter 50 Prozent) hatte sich vergrößert, lag aber noch unter der in Westdeutschland. Besonders Haushalte, die von Arbeitslosigkeit betroffen waren, sowie Familien und Alleinerziehende mit Kindern gehörten zu dieser Gruppe. Positiv hat sich das Einkommen von Rentner*innen entwickelt (Hauser 1995). Mitte der 2000er Jahre stellte Geißler (2014: 87) fest: „[D]ie sozialen Abstände zwischen oben und unten werden auf einem insgesamt höheren Niveau größer.“ Daran hat sich kaum etwas verändert. So verdienten Voll- und Teilzeitbeschäftigte in Westdeutschland im Jahr 2023 durchschnittlich 24,41 Euro brutto. Ihr Verdienst lag damit um 17,7 Prozent über dem in Ostdeutschland (Destatis/WZB/BiB 2024: 147). Auch der Anteil von Beschäftigten im Niedriglohnbereich liegt im Osten mit 16,8 Prozent zwei Prozentpunkte über dem im Westen (Destatis/WZB/BiB 2014: 152). Erklärt wird das mit dem Produktivitätsrückstand im Osten (86,7 Prozent im Osten gegenüber 100 Prozent im Westen). Deutliche Einkommensunterschiede werden auch bei Spitzenverdiener*innen festgestellt, die im Osten nur etwa die Hälfte erreichen (Bartels/Neef 2024: 48). Insgesamt betrachtet haben sich die Einkommen in Ostdeutschland jedoch über den Zeitverlauf schrittweise in allen Einkommensgruppen angenähert und erreichen inzwischen um die 90 Prozent der Westeinkommen (Sozialbericht 2024: 209). Es finden sich aber auch Hinweise darauf, dass die soziale Ungleichheit in den östlichen Bundesländern geringer ist als in den westlichen, allerdings ist auch der Lebensstandard im Osten

niedriger und das Armutsrisiko höher (Kiy 2024: 35). So lag die Quote hier bei 19,4 Prozent (Destatis/WZB/BiB 2024: 211). Ein drastischeres Bild zeigt sich bei den Vermögen: Das ostdeutsche Nettovermögen erreichte 2021 43 Prozent des Durchschnitts westdeutscher Haushalte und diesbezüglich wird nur eine geringe Angleichung über die Jahre hinweg festgestellt (Destatis/WZB/BiB 2024: 222). Die niedrigeren Einkommen, die ungünstigere demografische Struktur und die historischen Enteignungen erklären das.

Nach Phasen der Arbeitslosigkeit, des Vorruhestandes und der Rückkehr von Frauen in die Hausfrauenrolle haben sich die Beschäftigtenstrukturen zwischen Ost- und Westdeutschland angenähert, so dass auch in Ostdeutschland Angestellte und Beamt*innen dominieren, aber in allen sozialen Lagen (gemessen am Einkommen und Wohneigentum) bleiben Ostdeutsche schlechter gestellt. Das wird auch in der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage sichtbar, die insbesondere von Arbeitslosen, Vorruheständler*innen und Rentner*innen als schlechter bewertet wird. Über alle sozialen Lagen hinweg wird insgesamt der Lebensstandard von Ostdeutschen seltener als gerecht eingeschätzt. Bei einer Einordnung in eine „Oben-Unten-Skala“ sowie bei der Bewertung der allgemeinen Lebenszufriedenheit lassen sich jedoch kaum Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen feststellen. Allerdings ist der Zukunftspessimismus in Ostdeutschland größer. (Bünning 2021: 274-276).

Bei der Analyse der *sozialen Schichtung* einer Gesellschaft wird danach gefragt, welche soziale Gruppen mit ähnlichen sozialökonomischen Lebenslagen und schichtspezifischen Lebenschancen zu identifizieren sind. 1990 stand einer individualisierten Mittelstandsgesellschaft in der BRD eine nivellierte Arbeitsgesellschaft in der DDR gegenüber. Blickt man auf einige Daten und Fakten zu Beginn der 1990er Jahre, so lassen sich nicht nur diese Einschätzungen belegen, sondern es werden auch die Unterschiede zu westdeutschen Schichtstrukturen deutlich. Eine Studie zur Sozialstruktur und Lebensweise in Städten und Dörfern der DDR von 1987, die 1997 aufgearbeitet wurde (Grundmann 1997), berichtet über eine Schichtstruktur, in der 18,3 Prozent der Oberschicht (Funktionär*innen in Staat, Partei und Wirtschaft), 73,2 Prozent der Mittelschicht (Fachschulabsolvent*innen ohne Leitungsfunktion, Meister*innen und Facharbeiter*innen) und 8,5 Prozent der Unterschicht (ohne Berufsausbildung) zugeordnet werden. Betont wird, dass die Mittelschicht in sich differenziert war, insbesondere was die Qualität der Arbeitsbedingungen, Haushaltseinkommen, Besitz, Ausstattung mit Konsumgütern, Wohnqualität anbelangt (obgleich die Differenz eher gering war). Auch bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter werden Differenzen festgestellt: Frauen waren in der Oberschicht unter- und in der Unterschicht überrepräsentiert. Angestellte ohne Leitungsfunktionen waren meist Frauen. Männer hingegen waren unter Produktionsarbeitern überproportional vertreten (Grundmann 1997: 55f.). Allerdings war im Vergleich zu Westdeutschland der Beschäftigungsgrad von Frauen deutlich höher. Das betrifft ebenso das formale Ausbildungsniveau.

Schichtungsmodelle für die Bundesrepublik etwa zur gleichen Zeit rechnen etwa 19 Prozent der Bevölkerung der Unterschicht, 50 Prozent der Mittelschicht und 22 Prozent der Oberschicht zu (Hradil 1987: 131). Im Vergleich scheint es so, als sei die DDR ebenso eine Mittelschichtgesellschaft gewesen. Zu vermuten ist, dass die Mehrheit der Arbeiter*innen allein auf Grund ihrer beruflichen Position der Mittelschicht zugeordnet wurde. Es hat aber in der DDR keine ausgeprägte Unterschicht gegeben.

Studien zur subjektiven Schichteinstufung im Ost-West-Vergleich von 1991, die Auskunft über die subjektiven Wahrnehmungen geben, zeigten ein ähnliches Bild und starke Differenzen zwischen Ost und West. So stuften sich 60 Prozent der ostdeutschen Befragten in die Unter- und Arbeiterschicht (Westdeutsche: 24 Prozent), 36 Prozent der Ostdeutschen ordneten sich gegenüber 62 Prozent der

Westdeutschen der Mittelschicht zu, und nur zwei Prozent der Ost-, aber 13 Prozent der Westdeutschen sahen sich in der Oberschicht (Noll 1996: 492). Überraschend ist, dass sich Ostdeutsche subjektiv häufiger der Unter- und Arbeiterschicht zuordneten, was auf ein anderes Verständnis von sozialer Schichtung verweist. Soziale Ungleichheit wurde von den Ostdeutschen nur mit zwölf Prozent gegenüber den Westdeutschen mit 45 Prozent als gerecht empfunden (Noll 1996: 496).

Auch fast 20 Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es große Unterschiede bezüglich der subjektiven Schichteinstufung. So stuften sich 2018 nur fünf Prozent der Ostdeutschen (1990: zwei Prozent) in die Oberschicht ein (Westdeutsche 2018: 14 Prozent), in die Mittelschicht 56 Prozent (Westdeutsche: 61 Prozent) und in die Arbeiterschicht 36 Prozent (Westdeutsche: 23 Prozent). Bezüglich der Unterschicht (zwei Prozent West und drei Prozent Ost) waren kaum Unterschiede festzustellen (Bünning 2021: 276). Im Vergleich zu 1990 wird beschrieben, dass wahrgenommene Aufstiege von der Arbeiterschicht in die Mittelschicht in Ostdeutschland besonders relevant sind, während in Westdeutschland kaum Veränderungen festgestellt wurden. Auch wenn sich 2018 Ostdeutsche „subjektiv niedriger“ auf einer Statusleiter einstufen (Delhey et al. 2024: 10), weichen die Statusängste kaum noch von Westdeutschen ab. Da diese Unterschiede in der Schichteinstufung nur bedingt auf soziale Lagen zurückzuführen sind, wird geschlussfolgert: „Es ist vielmehr davon auszugehen, dass sich die ostdeutsche Bevölkerung innerhalb des gesamtgesellschaftlichen Schichtungsgefüges deshalb tendenziell niedriger einstuft, weil sie sich nach wie vor mit der westdeutschen vergleicht und aus dieser Perspektive Statusdefizite wahrnimmt“ (Bünning 2021: 277). Dies scheint ein deutlicher Verweis darauf, dass sich objektive Lagen und subjektive Wahrnehmungen unterscheiden können. Hinzu kommt, dass sich durch den politisch gewollten, aber auch aufgrund fehlender Qualifikationen und Erfahrungen notwendigen Elitentransfer aus Westdeutschland in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen der Weg Ostdeutscher in höhere gesellschaftliche Positionen versperrt blieb. Die aus dem wirtschaftlichen Umbau resultierende Unterschichtung wurde so ergänzt durch eine Überschichtung durch westdeutsche Eliten. Daran hat sich offenbar bis heute trotz nachfolgender Generationen wenig geändert. Studien, die sich auf Daten von 2019 beziehen, zeigen, dass gemessen am Bevölkerungsanteil Ostdeutschlands von 17,8 Prozent nur 11,2 Prozent Ostdeutsche in Elitepositionen sind (Vogel 2024: 43).[i] Im Zeitverlauf hat sich zwar der Anteil Ostdeutscher in der Verwaltung und Wirtschaft erhöht, ist aber in der Politik, den Medien und der Justiz zurückgegangen. Als Ursachen werden Prozesse der sozialen Schließung, Netzwerke, die Abwanderung qualifizierter Ostdeutscher, aber auch ein „Anti-Elitismus“ und geringere Karriereambitionen der nachfolgenden ostdeutschen Generation vermutet (Kollmorgen 2024). Ob sich das über die Zeit auswächst, ist eine offene Frage.

Im Entwicklungsverlauf seit 1990 wird deutlich, dass sich die Schichtstrukturen in beiden Gesellschaftsteilen tendenziell angenähert haben (Lengfeld/Ordemann 2020). Die Mittelschicht ist prägend für beide Landesteile, aber in Ostdeutschland bleibt die Oberschicht dünn besetzt und wird eine „Persistenz der gering qualifizierten Arbeiter (untere Schicht)“ (Lengfeld/Ordemann: 2020: o.S.) mit etwa 20 Prozent festgestellt. Erklärungen für diese hohe Zahl werden in der demografischen Struktur, der Abwanderung Qualifizierter in Richtung Westen und den wirtschaftlichen Strukturen Ostdeutschlands gesucht.

Bei der Analyse *sozialer Milieus* rücken neben den objektiven Merkmalen der Lebenslage und Schichtzuordnung vor allem gruppenspezifische Mentalitäten, kulturelle Orientierungen und Lebensstile in den Blickpunkt, die ihren Ausdruck in einen bestimmten Habitus, Konsumgewohnheiten und Geschmacksrichtungen finden (Band/Müller 2001; Hradil 2024). In den 1980er Jahren wird für die Bundesrepublik eine Differenzierung und Pluralisierung der Lebensstile und Milieus diagnostiziert, die mit einer „Entschichtung", aber gleichzeitig mit einer Differenzierung nach Merkmalen wie Region, Alter, Geschlecht und Familienverhältnisse einhergehen (Geißler 2014: 112ff.).

In einer Studie von 1991 zu sozialen Milieus in Ostdeutschland wird argumentiert, die DDR sei ein „nur begrenzt verformtes Abbild der industriellen Klassengesellschaft" (Vester 1995: 16) mit den Besonderheiten eines Wasserkopfes oben, einer Modernisierungslücke in der Mitte und einer großen traditionellen Arbeiterklasse. 1991 werden in Westdeutschland das „Aufstiegsorientierte Milieu" mit 24 Prozent, das „Kleinbürgerliche Milieu" mit 22 Prozent und Arbeitermilieus mit insgesamt 22 Prozent identifiziert. In Ostdeutschland nahmen ein „Traditionsverwurzeltes Arbeiter- und Bauernmilieu" mit 27 Prozent (Arbeitermilieus insgesamt: 37 Prozent) und ein „Kleinbürgerlich materialistisches Milieu" mit 23 Prozent den größten Raum ein (Vester 1995: 15). Westdeutschland wird als „facettenreiche Gesellschaft", die sich immer stärker ausdifferenziert, beschrieben. Im Osten hingegen „dominieren traditionelle Lebenswelten" (Becker et al. 1992: 103). Daran scheint sich auch bis in die 2000er Jahre nicht viel geändert zu haben, auch wenn die Benennung der Milieus differiert (und kleine Vergleiche zu Westdeutschland zu finden sind). Hofmann beschreibt, dass traditionelle Lebenswelten im Osten (Arbeitermilieus und kleinbürgerliche Milieus) zwar von 58 auf 39 Prozent geschrumpft sind, aber immer noch 35 Prozent der Milieus der Unterschicht zugeordnet werden können, nur eine schwache bürgerliche Mitte existiert, sich kein eigenständiges Oberschichtmilieu herausgebildet hat, aber mit der jüngeren Generation ein hedonistisches Milieu entstanden ist. In der jüngeren Generation finden sich Angleichungen, aber traditionelle Lebenswelten sind überrepräsentiert. „Die bürgerliche Mitte, liberale, sozial-ökologische und expeditive Lebenswelten sind in Ostdeutschland eher dünn besiedelt" (Hofmann 2020: o.S.). So bleibt Ostdeutschland eher eine „einfache Arbeitsgesellschaft" (Mau 2024: 22).

Sozialstrukturelle Angleichung, aber (kollektive) ostdeutsche Identitäten?

Das Interesse an sozialstrukturellen Entwicklungen in Ostdeutschland – auch im Vergleich zu Westdeutschland – scheint deutlich zurückgegangen zu sein. Diskutiert werden jedoch intensiv „Ostdeutsche Identität(en)". Der bislang dominante Rekurs auf Daten und Fakten zu Einkommen, Vermögen, Lebenslagen, Beschäftigtenstruktur, Wohnbedingungen, soziale Schichten und Milieus sagen offenbar relativ wenig über das subjektive Befinden, die Wahrnehmungen, das Denken, Fühlen, Handeln und die Gesellschaftsvorstellungen von Ostdeutschen, die ebenso, aber nicht nur durch objektive Bedingungen zu erklären sind. Inspiriert durch mediale Diskurse, ein vom Durchschnitt abweichendes Wahlverhalten und insgesamt kritischere Einstellungen zur Demokratie (Destatis/WZB/BiB 2024: 352f) wird die Frage aufgeworfen, ob und warum „Ostdeutsche anders" sind (Pollack 1998; Rippl et al. 2018; Kubiak 2020; Vogel et al. 2024). Dabei geht es in erster Linie nicht um subjektive Identitäten, sondern darum, ob es eine kollektive ostdeutsche Identität gibt. Gemeinsam geteilte Sinnzusammenhänge und Wahrnehmungen mit Folgen für das individuelle Handeln zeichnen solche Identitätskonstrukte aus. Sie entstehen in Abgrenzung zu anderen sozialen Gruppen auf Basis von Selbst- und Fremdbeschreibungen. Individuen können auf diese „Identifizierungsangebote in Abhängigkeit von ihren Interessen und den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen reagieren" (Vogel/Leser 2020: 175). In einer umfangreichen Studie von 2004 wurden so sieben verschiedene Typen identifiziert (Vogel/ Leser 2020: 178ff.). Hier finden sich erste Hinweise darauf, dass es

„die“ ostdeutsche Identität nicht gibt. Allerdings wird in den vorliegenden Studien weniger klar, ob und inwiefern tatsächlich unterschiedliche Handlungsorientierungen dominant sind. Lediglich bezüglich politischer Kulturen (Wahlverhalten, Einstellungen zur Demokratie) finden sich Hinweise. Mau (2024: 72) schlägt daher als Minimaldefinition vor: „Ostdeutsche Identität bezieht sich auf den Osten als spezifischer Erfahrungs-, Sozial- und Kulturraum, der als subjektiv erlebter und gedeuteter kollektiver Zusammenhang zum Thema wird.“ Erfahrungen der symbolischen Abwertung, Gefühle der Andersartigkeit, der Inferiorität, des Verlustes einer kollektiven Zusammengehörigkeit und ökonomische Deprivation sind die Phänomene, die am häufigsten als Merkmale ostdeutscher Identitäten genannt werden. Diese werden vor allem von der älteren Generation thematisiert. Aber Jüngere nehmen die noch existierende Benachteiligungen deutlicher wahr (etwa bezüglich der Besetzung von Elitepositionen), schreiben sich selbst eine „Transformationskompetenz“ (Kubiak 2020: 195) zu, sehen sich als „Quelle alternativer Erfahrungen und Weltsichten“ (Vogel et al. 2024: 5) und wollen den Osten sichtbarer machen. Interessant in diesem Zusammenhang ist der Vergleich verschiedener Alterskohorten sowie ost- und westdeutscher Wahrnehmungen. So wird herausgearbeitet, dass Ostdeutsche häufiger Unterschiede und Konflikte zwischen Ost- und Westdeutschen wahrnehmen – und das über die Alterskohorten hinweg (Mau et al. 2024). Die soziale Lage spielt dabei keine Rolle, lediglich der Bildungsstand beeinflusst die Wahrnehmungen. Höher Gebildete nehmen weniger Unterschiede und Konflikte war. Die Autor*innen argumentieren, dass sich „ostdeutsche Bewusstseins- und Identitätsformen verstetigen“ (Mau et al. 2024: 17). Dies begründe sich jedoch weniger auf Grund sozialstruktureller Unterschiede, als damit, dass sich ein „eigenständiger Kultur- und Deutungsraum Ostdeutschland“ herausgebildet hat (Mau 2024: 31). Ostdeutsche Identität sei „alive and kicking“ (Mau 2024: 69), aber mit neuen und unterschiedlichen Inhalten gefüllt. Auch hier wird deutlich, dass es „die eine“ ostdeutsche Identität nicht gibt und von einer „kollektiven Identität“ nur bedingt die Rede sein kann, Identität aber als analytische Kategorie interessant ist (Vogel et al. 2024: 2). Mau weist darauf hin, dass es sich um „verschachtelte Identitäten“ handelt, die in sich heterogen sind und wo das „ostdeutsch sein“ eine Facette unter anderen (wie „europäisch-sein“) ist und es mit unterschiedlichen Bedeutungsinhalten gefüllt wird (Heimat- und Regionalverbundenheit, Selbstvergewisserung, Trotz etc.) (Mau 2024: 73).

Zur Erklärung werden verschiedene Hypothesen in Anschlag gebracht. Vor allem im politischen Diskurs ist die Sozialisationshypothese sehr präsent. Eine Sozialisation in der DDR hat demzufolge dazu geführt, dass Bewusstseinsformen und Orientierungen nachwirken und teils auch auf nachfolgende Generationen übertragen werden. So wird bezüglich der Herkunft Ostdeutscher argumentiert: „Innerhalb der Lebensbiografie ihrer Bürger sind in den circa 40 Jahren Wertorientierungen entstanden, die eine relative Konsistenz aufweisen und vielfach erst nach der Wende – im Vergleich zum jetzt ‚Neuen‘ bewusst erlebt werden“ (Voigt 2013: 329f.).

Die Situationshypothese stellt auf objektive Merkmale sozialer Ungleichheit ab, eine spezifische Identität erscheint als Reaktion auf gegenwärtige Problemlagen und rückt eine relative Deprivation in den Mittelpunkt (Vogel/Leser 2020). Argumentiert wird aber – im Unterschied zur Sozialisationshypothese – , dass den noch existierenden Ost-West-Unterschieden keine ostspezifischen Ursachen zugrunde liegen, „sondern sie können unter Rückgriff auf die universelle Wirkung ökonomischer, sozialer und politischer Merkmale erklärt werden, die in Ostdeutschland lediglich häufiger (z.B. Arbeitslosigkeit) oder seltener (z.B. Vermögen) vorkommen“ (Vogel et al. 2024: 10).

Für die Othering-Hypothese steht das viel diskutierte Buch von Oschmann, indem er argumentiert, dass in einer spezifischen Weise über den Osten geredet werde und dieser politisch, wirtschaftlich und sozial benachteiligt werde. Der Westen gelte als Maßstab und der Osten als Abweichung (Oschmann 2023: 12). Die westdeutsche Mehrheitsgesellschaft betrachte Ostdeutsche als „Fremde“ und schreibe ihnen bestimmte

Merkmale zu, sodass sich Ostdeutsche in Reaktion darauf eben als „ostdeutsch“ identifizieren. „Ganz unabhängig von tatsächlichen materiellen Lagen und ökonomischer (Un-)Zufriedenheit wird hier angenommen, dass sich Ost-West-Zuschreibungen und Differenzempfindungen immer wieder erneuern“ (Mau et al. 2024: 7).

Die These der Persistenz geht davon aus, dass sich kulturelle und soziale Formen durch „die narrative Weitergabe sozialer Erfahrungen, kollektiver Bewusstseinsformen und historischer Traumata“ verfestigt haben und so ein „soziokultureller Eigensinn“ weiterlebt (Mau et al. 2024: 8). Erklärt wird dies aber nicht nur aus einer „DDR-Sozialisation“, sondern auch aus den Erfahrungen im Prozess der Transformation, wobei offenbar sozialstrukturelle Faktoren nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Zu entscheiden, welche dieser Hypothesen ostdeutsche Identitäten zu erklären vermag, fällt schwer – auch weil unterschiedliche Methoden und Datensätze herangezogen werden. Jede dieser Hypothesen scheint zur Erklärung beizutragen. Zu erwarten ist, dass sich Sozialisationseffekte über einen längeren Zeitraum auswachsen. Ob es aber in überschaubarer Zeit zu einer Angleichung ökonomischer, sozialer und politischer Strukturen kommt, ist fraglich. Selbst die Othering-Hypothese ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Das belegen aktuelle Debatten in den Medien und wissenschaftlichen Analysen, beispielsweise zum Wahlverhalten (Spissinger et al. 2024: 340f.). Perspektivisch sieht Mau diese Verfestigung ostdeutscher Mentalitäten kritisch: „Die Herstellung eines identitären und selbstbezüglichen Ostens führt in Sackgassen, aus denen man nicht so leicht wieder herauskommt“ (Spissinger et al. 2024: 88). Ob das von Mau vorgeschlagene „Labor der Partizipation“ (Mau 2024: 125ff.) ein Ausweg aus der Sackgasse ist, bleibt offen. Die vorgeschlagenen neuen Elemente demokratischer Partizipation sind ein Ansatzpunkt, um Menschen im Osten stärker an politische Entscheidungsprozesse zu beteiligen, das Demokratieverständnis und auch das Selbstbewusstsein zu stärken. Ergänzt durch eine gezielte Wirtschaftsförderung und Infrastrukturentwicklung könnte dies zu einem sozialstrukturellen Wandel beitragen und über den Osten hinaus wirken.

Fazit: Annäherung, aber soziale Differenzen

Nach nunmehr fast 35 Jahren deutscher Einheit bleibt festzuhalten, dass die institutionelle Transformation bereits Mitte der 1990er Jahre weitgehend abgeschlossen war, aber sozialstrukturelle Unterschiede nach wie vor Bestand haben. Bereits 1996 war eine Diagnose „Getrennt vereint“ (Hauser et al. 1996: 488), und noch 2024 betitelt Mau seine Publikation mit *Ungleich vereint*. Im Kern haben wir es mit einer Ausdifferenzierung der ostdeutschen Gesellschaft (wenn man von einer solchen sprechen kann) und De-Egalisierung von Lebenslagen und -chancen bei gleichzeitiger Anpassung an westdeutsche Sozialstrukturen zu tun. Auch im Osten hat sich eine Mittelschicht herausgebildet, die zugleich mit sozialen Ausdifferenzierungen nach oben und unten verbunden ist. Durch die Umschichtung nach unten sind vertikale Ungleichheitsstrukturen entstanden (Geißler 2014: 269). Neue soziale Problemgruppen werden sichtbar, und Armut bleibt in Ostdeutschland ein besonderes Problem. Auch haben sich geschlechtsspezifische Ungleichheiten verstärkt, und Einkommensunterschiede sind nach wie vor beständig. Begleitet wurde eine Unterschichtung durch eine Überschichtung durch westdeutsche Eliten in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen. Insbesondere, was die Wirtschaft anbelangt, hat sich keine tragende Oberschicht ausgebildet. Auf diesem Befund basiert auch die These, dass Ostdeutschland immer noch eine arbeiterliche Gesellschaft ist und unter einer „Elitenschwäche“ (Mau 2024: 44) leidet. Auch wenn das Wohlstandsniveau insgesamt angestiegen ist, bleibt eine Beständigkeit von Unterschieden in Lebenslagen

und Milieus, wobei nach wie vor arbeiterliche und kleinbürgerliche Milieus wesentlich bleiben. Ebenso erkennbare Tendenzen der Pluralisierung und Individualisierung sind verbunden mit neuen Möglichkeiten der individuellen Entwicklung von Lebensstilen. Beständigkeit scheint es insbesondere bezüglich soziokultureller Phänomene in Ostdeutschland zu geben, wie die Debatte um ostdeutsche Identitäten zeigt.

Um zur Ausgangsfrage zurückzukommen, ob es ein „Ostdeutschland“ oder die „Ostdeutschen“ noch gibt, fällt die Antwort ambivalent aus. Zwar ist institutionell und gemessen an objektiven sozialstrukturellen Daten eine Angleichung an Westdeutschland erkennbar, aber der Blick auf soziale Schichten, Milieus, sozialen Identitäten und die damit verbundenen Mentalitäten und Handlungsorientierungen offenbart nach wie vor existierende Unterschiede. Allerdings muss es – abgesehen von den objektiven Lebensbedingungen – nicht in allen diesen Punkten um eine „Angleichung“ an den Westen gehen. Unterschiedliche Mentalitäten, Kulturen und Lebensstile zeichnen eine pluralistische Gesellschaft aus. So steht die bundesrepublikanische Gesellschaft insgesamt gegenwärtig vor neuen Herausforderungen (wirtschaftlicher Strukturwandel, Klimapolitik, geopolitische Herausforderungen, Demokratieunzufriedenheit, demografische Probleme etc.) und nur mit Bezug auf beide Landesteile scheinen diese lösbar.

Prof. Dr. Karin Lohr *geboren 1954, Prof. Dr. sc. oec. (APL), i. R., ehemals Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Lehrbereich Soziologie der Arbeit und Geschlechterverhältnisse, Lehr- und Forschungsschwerpunkte: Arbeits- und Organisationssoziologie, Industrielle Beziehungen, Geschlechter- und Transformationsforschung.*

Literatur

Adler, Frank 1991: Ansätze zur Rekonstruktion der Sozialstruktur des DDR-Realsozialismus; in: *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 1, H. 2, S. 157-176.

Band, Henri/Müller, Hans-Peter 2001: Lebensbedingungen, Lebensformen, Lebensstile; in: Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hrsg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, 2. Aufl., Opladen, S. 427-435.

Bartels, Charlotte/Neef, Theresa 2024: Einkommens- und Vermögensunterschiede drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung: Die anhaltende wirtschaftliche Teilung zwischen Ost- und Westdeutschland; in: Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland Ost und West (Hrsg.): *Ost und West. Frei, vereint und unvollkommen. Bericht zum Stand der deutschen Einheit 2024*, Berlin, S. 47-53, https://www.publikationen-bundesregierung.de/resource/blob/2277952/2310968/34e86346b0ef75cd501c5890e4ae8515/zum-stand-der-deutschen-einheit-2024-download-bkamt-data.pdf?download=1.

Becker, Ulrich et al. 1992: Zwischen Angst und Aufbruch: Das Lebensgefühl der Deutschen in Ost und

West nach der Wiedervereinigung, Düsseldorf/Wien/New York/Moskau.

Bünning, Mareike 2021: Soziale Lagen und soziale Schichtung; in: Statistisches Bundesamt (Destatis)/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)/Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hrsg.): *Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn, S. 271-285, https://www.bib.bund.de/Publikation/2021/pdf/Datenreport-2021-Ein-Sozialbericht-fuer-die-Bundesrepublik-Deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

Delhey, Jan et al. 2024: Die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit; in: Böhnke, Petra/Konietzka, Dirk (Hrsg.): *Handbuch Sozialstrukturanalyse*, Wiesbaden, S. 1-31.

Erlinghagen, Marcel 2024: Sozialstruktur; in: Kopp, Johannes/Steinbach, Anja (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*, 4. Aufl., Wiesbaden, S. 471-474.

Geißler, Rainer 1991: Transformationsprozesse in der Sozialstruktur der neuen Bundesländer; in: *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 1, H. 2, S. 177-194.

Geißler, Rainer 2011: Die Sozialstruktur Deutschlands, 6. Aufl., Wiesbaden.

Geißler, Rainer 2014: Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung, Wiesbaden.

Grundmann, Siegfried 1997: Die Sozialstruktur der DDR. Versuch einer Rekonstruktion auf Basis einer 1987 durchgeführten soziologischen Untersuchung, Berlin, https://bibliothek.wzb.eu/pdf/1997/iii97-402.pdf.

Hauser, Richard 1995: Die Verteilung der Einkommen in den neuen Bundesländern wird ungleicher, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Jg.5, H. 4, S. 463-474.

Hauser, Richard et al. 1996: Ungleichheit und Sozialpolitik. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Opladen.

Hoffmann, Michael 2020: Soziale Strukturen in Ostdeutschland, in: *Bundeszentrale für politische Bildung* vom 04.02.2020, https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/303482/soziale-strukturen-in-ostdeutschland/#node-content-title-1.

Hradil, Stefan 1987: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu sozialen Milieus, Opladen.

Hradil, Stefan 2023: Alte und neue Ungleichheiten. Zum gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Wandel in den letzten Jahrzehnte; in: *sozialpolitik.ch*, Jg. 9, H. 8, S. 1-16.

Hradil, Stefan 2024: Milieus, soziale; in: Kopp, Johannes/Steinbach, Anja (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*, 4. Aufl., Wiesbaden, S. 361-366.

Hoyer, Katja 2023: Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR 1949-1990, Hamburg.

Kiy, Manfred 2024: Soziale Ungleichheit in Deutschland: Einkommens- und Vermögensverteilung, https://epb.bibl.th-koeln.de/frontdoor/deliver/index/docId/2851/file/Kiy_Soziale_Ungleichheit.pdf.

Kollmorgen, Raj 2024: Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund in den Eliten. Eine Einführung; in: Kollmorgen, Raj et al. (Hrsg.): *Ferne Eliten: Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund*, Wiesbaden, S. 1-68.

Kowalczuk, Ilko-Sascha 2024: Freiheitsschock. Eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute, München.

Kubiak, Daniel 2018: Der Fall Ostdeutschland, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, Jg. 12, H. 1, S. 25-42.

Kubiak, Daniel 2020: Ostdeutsche Identität im Wandel der Zeiten. 30 Jahre und noch kein Ende, in: Becker, Sören/Naumann, Matthias (Hrsg.): *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie*, Wiesbaden, S. 189-198.

Landua, Detlef/Zapf, Wolfgang 1991: Deutschland nach der Wiedervereinigung: zwei Gesellschaften, eine Nation: zum Stand des gesellschaftlichen Transformationsprozesses; in: *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, H. 6, S. 10-13.

Lengfeld, Holger/Ordemann, Jessica 2020: Soziale Schichtung und die Entwicklung der gesellschaftlichen Mitte in Ost- und Westdeutschland nach 1990, in: *Bundeszentrale für politische Bildung* vom 14.09.2020, https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/314255/soziale-schichtung-und-die-entwicklung-der-gesellschaftlichen-mitte-in-ost-und-westdeutschland-nach-1990/

.

Lötsch, Manfred 1988: Sozialstruktur der DDR – Kontinuität und Wandel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* , H. 32, https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/534551/sozialstruktur-der-ddr-kontinuitaet-und-wandel/.

Lötsch, Manfred 1991: Konturen einer Theorie der Sozialstruktur, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 1, H. 2, S. 195-202.

Mau, Steffen 2024: Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt, Berlin.

Mau, Steffen et al. 2024: Ost- und Westdeutsche für immer? Zu Wahrnehmungen von Unterschieden und Konflikten zwischen Ost und Westdeutschen, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 76, S. 1-23.

Mayer, Karl-Ulrich 1994: Vereinigung soziologisch: Die soziale Ordnung der DDR und ihre Folgen; in: *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 4, H. 3, S. 307-321.

Noll, Heinz-Herbert 1996: Ungleichheit der Lebenslagen und ihre Legitimation im Transformationsprozess: Fakten Perzeption und Bewertungen, in: Clausen, Lars (Hrsg.): *Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995*, Frankfurt am Main/New York, S. 488-503.

Oschmann, Dirk 2023: Der Osten: eine westdeutsche Erfindung, Berlin.

Pickel, Susanne/Gert Pickel 2023: The Wall in the Mind – Revisited Stable Differences in the Political Cultures of Western and Eastern Germany; in: *German Politics*, Jg. 32, H. 1, S. 20-42.

Pollack, Detlef 1991: Von der Organisationsgesellschaft zur Risikogesellschaft. Soziologische Überlegungen zu den gesellschaftlichen Transformationsprozessen in Ostdeutschland, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 1, H. 3, S. 451-455.

Pollack, Detlef 1998: Ostdeutsche Identität – ein multidimensionales Phänomen: in: Meulemann, Heiner (Hrsg.): *Werte und nationale Identitäten im vereinten Deutschland*, Wiesbaden, S. 301-318.

Rippl, Susanne et al. 2018: Ostdeutsche Identität. Zwischen medialen Narrativen und eigenem Erleben, in: *Bundeszentrale für politische Bildung* vom 16.05.2018, https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/269349/ostdeutsche-identitaet/.

Spissinger, Florian et al. 2024: Das Ringen um die Ostdeutschen – über die Beharrlichkeit einer Identitätskonstruktion; in: Vogel, Lars et al. (Hrsg.): *Ostdeutschland. Identität, Lebenswelt oder politische Erfindung?* Wiesbaden, S. 337-353.

Statistisches Bundesamt (Destatis)/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)/Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) 2024: Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland, Bonn, https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Sozialbericht_2024_bf_k2.pdf.

Vester, Michael 1995: Milieuwandel und regionaler Strukturwandel in Ostdeutschland; in: Vester, Michael et al. (Hrsg.): *Soziale Milieus in Ostdeutschland: Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung*, Köln, S. 7-50.

Vogel, Lars/Leiser, Julia 2020: Ostdeutsche Identität(en) im Wandel? Perspektiven für Intra- und Interkohortenvergleiche; in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, Jg. 14, H.3, S. 171-197.

Vogel, Lars et al. 2024: Ostdeutschland als umstrittene analytische Kategorie und kollektive Identität; in: Vogel, Lars et al. (Hrsg.): *Ostdeutschland: Identität, Lebenswelt oder politische Erfindung?* Wiesbaden, S. 1-26.

Vogel, Lars 2024: Ausmaß und Persistenz personeller Unterrepräsentation in den Eliten Deutschlands; in: Kollmorgen, Raj et al. (Hrsg.): *Ferne Eliten: Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund*, Wiesbaden, S. 107-148.

Voigt, Peter 2013: Gesellschaft der deutschen Demokratischen Republik (DDR) von 1949-1990; in: Mau, Steffen/Schöneck, Nadine M. (Hrsg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, 3. Aufl., Wiesbaden.

Zapf, Wolfgang 1989: Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik; in: Weidenfeld, W./Zimmermann, H. (Hrsg.): *Deutschland Handbuch*, Bonn.

Zapf, Wolfsgang 1991: Die DDR 1989/1990 – Zusammenbruch einer Sozialstruktur? In: *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 1, H 2, S. 147-155.

Zapf, Wolfgang 1994: Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung; in: *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 4, H. 3, S. 295-305.

Anmerkungen

i Viel diskutiert wird in der Forschung allerdings, wie eigentlich „ostdeutsch“ zu definieren ist. Das Geburtsjahr, der Geburtsort, der Sozialisations- und Erfahrungsraum oder auch die Identifikation mit Ostdeutschland werden als Kriterien angeführt (vgl. Kollmorgen 2024).

---

https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/vorg-250/publikation/die-ostdeutsche-sozialstruktur/
Abgerufen am: 06.11.2026